

„Drei gute Jahre für die bayerischen Vertragszahnärzte“

Halbzeitbilanz des KZVB-Vorstands – Hohe Erwartungen an die Bundesregierung

2023 trat der aktuelle Vorstand der KZVB sein Amt an. Die seitdem vergangenen drei Jahre hatten es gesundheitspolitisch in sich – von Lauterbachs Spargesetzen über die Telematik-Infrastruktur bis zum Regierungswechsel im Bund. Der Vorstand der KZVB konnte dennoch viel für die bayerischen Vertragszahnärzte erreichen und zieht eine positive Halbzeitbilanz.



„Es ist uns in den vergangenen drei Jahren gelungen, die Auswirkungen falscher politischer Entscheidungen weitgehend von den Zahnärzten fernzuhalten“, sind sich Dr. Rüdiger Schott, Dr. Marion Teichmann und Dr. Jens Kober einig.

BZB: Die Standespolitik scheint derzeit stabiler als die Bundespolitik. Die Ampelkoalition ist Geschichte und die schwarz-rote Koalition hat in Umfragen keine Mehrheit mehr. Wie wirken sich die Turbulenzen in Berlin auf Ihre Arbeit aus?

Schott: Zunächst einmal bin ich froh, dass die Ampel und damit auch Karl Lauterbach abgehakt sind. Für die drei Jahre unter der Regierung von Olaf Scholz zahlen wir volkswirtschaftlich einen hohen Preis. Gleichzeitig muss ich aber feststellen, dass die Gesundheitspolitik auch unter

der neuen Bundesregierung nicht die Relevanz hat, die sie eigentlich haben müsste. Hatten wir anfangs noch die Hoffnung, dass mit der Seiteneinsteigerin Nina Warzen neuer Schwung im Bundesgesundheitsministerium einzieht, sind wir jetzt gelinde gesagt ernüchtert. Dringend nötige Strukturreformen werden weiterhin verschleppt. Die von Warzen berufene „FinanzKommission Gesundheit“ ist zudem überwiegend mit Wissenschaftlern besetzt, die wenig Ahnung von den Problemen in den Praxen und Kliniken haben. Und sie hat viel zu lange Zeit, um Reform-

vorschläge zu unterbreiten. Das Praxissterben hat auch in Bayern längst begonnen. Viel Zeit bleibt der Politik nicht mehr, wenn sie die flächendeckende Versorgung aufrechterhalten will. Ungeachtet meiner Kritik hoffe ich, dass diese Regierung die kommenden drei Jahre durchhält. Ich will mir nicht ausmalen, was das Ergebnis eines Koalitionsbruchs und vorgezogener Neuwahlen wäre.

Kober: Ich möchte aber festhalten, dass es uns in der KZVB gelungen ist, negative Auswirkungen falscher politischer Ent-

„Die KZVB ist in vielfältiger Weise aktiv, um die Niederlassungsbereitschaft wieder zu erhöhen“, sagt Dr. Rüdiger Schott.



scheidungen weitgehend von den Zahnärzten fernzuhalten. Gerade die Wiedereinführung der strikten Budgetierung hat sich in Bayern kaum ausgewirkt. Rückbelastungen gab es bislang nur bei der relativ kleinen Knappschaft. Bei der AOK Bayern, den Betriebskrankenkassen und beim vdek konnten wir alle erbrachten Leistungen vollumfänglich vergüten. Darum werden wir bundesweit beneidet. Das ist einerseits unseren Vertragspartnern zu verdanken, andererseits auch unserem Honorarverteilungsmaßstab (HVM). In Verbindung mit dem Budgetradar hatten unsere Mitglieder stets den Überblick über die zur Verfügung stehende Gesamtvergütung und die persönliche Budgetsituation.

BZB: Man kann also trotz schwieriger politischer Rahmenbedingungen von drei guten Jahren für die bayerischen Vertragszahnärzte sprechen?

Teichmann: Definitiv! Ich habe erst durch mein Amt in der KZVB erfahren, wie heterogen die Versorgungssituation in den einzelnen Bundesländern ist. Der HVM spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Ich bin froh, dass wir in Bayern Rückbelastungen in Millionenhöhe verhindern konnten. Das ändert aber nichts daran, dass die Budgetierung umgehend abgeschafft werden muss. Sie wirkt wie ein Brandbeschleuniger für das Praxissterben im ländlichen Raum.

BZB: Glauben Sie, dass der Rückgang der Niederlassungsbereitschaft nur an finanziellen Gründen liegt?

Teichmann: Jein! Das Niederlassungsradar, das wir in dieser Amtszeit initiiert haben, zeigt deutlich, dass sich das Land lohnt. Die Budgetierung wirkt deshalb abschreckend auf die jungen Kolleginnen und Kollegen, weil sie nicht wissen, wie viel Geld sie tatsächlich für ihre Arbeit bekommen. Das erinnert schon sehr an sozialistische Planwirtschaft. Der größte Niederlassungsverhinderer ist aber – das hat auch eine Umfrage der KZVB ergeben – die Bürokratie! Eine Durchschnittspraxis ist heute über 20 Stunden in der Woche mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt. Das ist eine halbe Vollzeitkraft. Die störungsanfällige Telematik-Infrastruktur kommt noch on top. Wir sind Zahnärzte und keine Informatiker. Ich kann es dem Nachwuchs nicht verdenken, dass er angesichts der Regelungswut des deutschen Gesetzgebers die Anstellung in einem MVZ bevorzugt.

Kober: Und genau darin liegt unser Problem: Die Einführung der fachgruppengleichen MVZ war die Büchse der Pandora. Sie führte förmlich zu einer Explosion der Zahl der angestellten Zahnärzte. Als ich studiert habe, war die Niederlassung nahezu alternativlos. Natürlich haben wir uns auch damals über die Bürokratie geärgert. Aber die Freude an der Freiberuflichkeit überwog. Das hat sich grundlegend gewandelt. Schon jetzt sind zwei Drittel der Zahnärzte unter 40 als Angestellte tätig. Wenn es uns nicht gelingt, den Mindset bei den jungen Kolleginnen und Kollegen zu verändern, sehe ich schwarz für die flächendeckende Versorgung.

BZB: Wie kann das gelingen?

Schott: Die KZVB ist hier in vielfältiger Weise aktiv. Wir gehen bereits nach dem Staatsexamen auf den Nachwuchs zu. Der Empfang für die Absolventen der LMU im Zahnärzteshaus München bereitet nicht nur auf die Assistenzzeit vor. Wir werben dort auch für die Praxisgründung oder -übernahme. Auch in Würzburg, Erlangen und Regensburg gibt es ähnliche Veranstaltungen. 2025 fand zudem der erste KZVB-Start-up-Tag statt. Mit rund 160 Teilnehmern war der Auftakt in München sehr erfolgreich. Auch zur zweiten Veranstaltung in Nürnberg kamen fast 100 bislang angestellte Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Niederlassung interessieren. Wir bieten natürlich auch Onlinefortbildungen zur Praxisgründung und -führung an.

BZB: Was halten Sie von Zuschüssen für die Gründung oder Übernahme einer Praxis im ländlichen Raum?

Schott: Gar nichts! Subventionen sind der falsche Weg, um die flächendeckende Versorgung zu sichern. Zum einen müss-



„Die Zahnmedizin muss resilienter werden“, fordert Dr. Marion Teichmann.



„Die Einzelpraxis ist und bleibt das Rückgrat der flächendeckenden Versorgung“, betont Dr. Jens Kober.

ten wir das Geld dafür aus dem Vergütungstopf entnehmen. Das halte ich für ungerecht gegenüber den bereits niedergelassenen Kollegen. Zum anderen subventioniert man in der Regel Unternehmen, die defizitär sind. Das ist bei den meisten Landpraxen, die in den kommenden Jahren frei werden, definitiv nicht der Fall. Sie haben einen großen Patientenstamm und eine gute Kostenstruktur. Deutlich effektiver als Zuschüsse wären ein MVZ-Regulierungsgesetz und der schon erwähnte Bürokratieabbau. Auch von einer Landzahnarztquote verspreche ich mir eine positive Lenkungswirkung. Das hat sich bei den Hausärzten bereits bewährt. Wir sind diesbezüglich bereits in konstruktiven Gesprächen mit der bayerischen Gesundheitsministerin Judith Gerlach und ihrem Haus.

BZB: Kann auch die Selbstverwaltung einen Beitrag dazu leisten, die Niederlassungsbereitschaft zu erhöhen?

Kober: Das kann sie, und das tut sie. Ich darf nochmals auf die Vergütungsvereinbarungen der vergangenen drei Jahre verweisen. Der KCH-Punktwert ist seit 2023 um 15,8 Prozent, der IP-Punktwert sogar um 18,4 Prozent gestiegen. Alle betriebswirtschaftlichen Auswertungen zeigen, dass man als niedergelassener Zahnarzt immer noch mehr Geld verdienen kann als in der Anstellung. Zudem unterstützen wir die Zahnärzte bei der Bewältigung der Bürokratie. Alle drei Mitglieder dieses Vorstands stehen selbst noch am Behandlungsstuhl und kennen die Probleme des Berufsstandes aus eigener Erfahrung.

Teichmann: Dr. Schott hat den Start-up-Tag bereits angesprochen. Wir versuchen aber auch, den bereits niedergelassenen Kollegen den Alltag so einfach wie möglich zu machen. Wo immer es möglich ist,

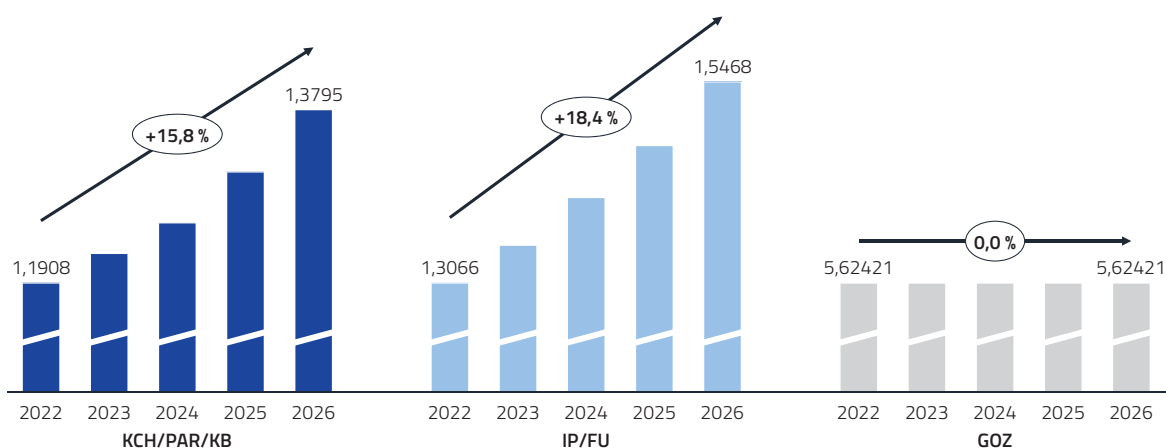
machen wir bislang noch papiergebundene Prozesse digital und vereinfachen sie dabei auch. Das gilt für die Einreichung des Fortbildungsnachweises genauso wie für Kooperationsverträge mit Pflegeheimen.

Schott: Auch die Neuregelung des Notdienstes wird die Praxen entlasten – insbesondere diejenigen im ländlichen Raum. Wir haben die Zahl der eingeteilten Praxen reduziert und die Abgabe von Notdiensten vereinfacht. Dadurch soll trotz der Ausdünnung der Versorgungslandschaft die Belastung für die Praxen in einem vertretbaren Rahmen bleiben.

BZB: Reicht die Zahl der Praxen, um das Notdienstaufkommen zu bewältigen?

Schott: Unsere ersten Erfahrungen zeigen, dass die Zahl ausreichend ist. Die Zahl der Notfälle ist in den vergangenen zehn Jahren um 20 Prozent zurückgegangen.

Entwicklung der Punktwerte der AOK Bayern / GOZ



© KZVB

Die Honorare in der gesetzlichen Krankenversicherung sind deutlich gestiegen, während der GOZ-Punktwert weiterhin stagniert.

gen. Wir werden jetzt die Fallzahlen des ersten Quartals auswerten. Sollten einige Praxen im Notdienst überlastet gewesen sein, können wir nachjustieren.

BZB: Sprechen wir zum Schluss über die Zukunft der Zahnmedizin. Wird die Einzelpraxis überleben?

Kober: Die Einzelpraxis ist und bleibt das Rückgrat der flächendeckenden Versorgung. Ohne sie würden im ländlichen Raum die Lichter ausgehen. Wenn diese eine Zukunft haben sollen, braucht es aber umgehend eine Verbesserung der Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber und einen neuen Mindset bei unserem Nachwuchs. Ich glaube, dass da schon etwas in Gang gekommen ist. Viele junge Kollegen merken nach ein paar Jahren im MVZ, dass sie doch lieber ihr eigener Chef wären. Die eigene Praxis eröffnet viele Freiheiten. Ich entscheide, wann und wie viel ich arbeite, welche Behandlungen ich durchführe und mit wem ich zusammenarbeite.

Schott: Und am Ende des Tages verdient man auch mehr. Durch den demografischen Wandel werden Landpraxen wirtschaftlich immer interessanter. Es gibt Gemeinden, in denen es nur noch eine Praxis für 5000 Einwohner gibt. Das ist nichts für Zahnärzte, die eine Zweieinhalb-Tage-Woche wollen. Aber wenn man leis-

tungsbereit ist, zahlt sich das finanziell aus. Wer heute Zahnmedizin studiert, kann sich danach seine Wunschpraxis aus einem riesigen Angebot aussuchen. Das ist eine wenig erfreuliche Situation für die Abgeber, aber eine Riesenchance für die Jungen.

Teichmann: Klar ist für mich, dass die Zahnärzte immer mehr zu Personal Trainern für die Mundgesundheit werden. Seit 1. Januar sind FU-Leistungen für Kinder im Gelben Heft. Das ist eine Riesenchance für die Praxen, die sie aber auch nutzen müssen.

BZB: Glauben Sie, dass die Flaute der deutschen Wirtschaft und weltpolitische Krisen Auswirkungen auf die Zahnmedizin haben werden?

Teichmann: Die Zahnärzte leben nicht unter einer Glaskugel. Wirtschaftlich schützt uns das GKV-System vor allzu großen Einbrüchen. Auch Menschen, die Grundversicherung beziehen, müssen zum Zahnarzt. Allerdings wird die steigende Arbeitslosigkeit sicher Auswirkungen auf die Zuzahlungsbereitschaft haben. Und wenn Nachschubwege unterbrochen werden oder wenn, wie in Berlin, der Strom ausfällt, hat das dramatische Auswirkungen auf den Praxisbetrieb. So wie die gesamte deutsche Wirtschaft muss auch die Zahnmedizin resilienter werden. Wir sind hierzu

in Gesprächen mit der Bayerischen Staatsregierung. Eine erste konkrete Maßnahme ist die Benennung von Zivilschutz Zahnärzten als Ansprechpartner für die regionalen Katastrophenschutzbehörden. Wir fordern auch, dass ausreichende Reserven an Verbrauchsmaterial, Anästhetika und Antibiotika angelegt werden. Das, was während der Corona-Pandemie passiert ist, darf sich nicht wiederholen. Erfreulicherweise ist die bayerische Gesundheitsministerin Judith Gerlach so wie wir der Auffassung, dass die Zahnmedizin systemrelevant ist – auch und gerade im Krisenfall.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Leo Hofmeier.

ANZEIGE

Studium Zahnmedizin

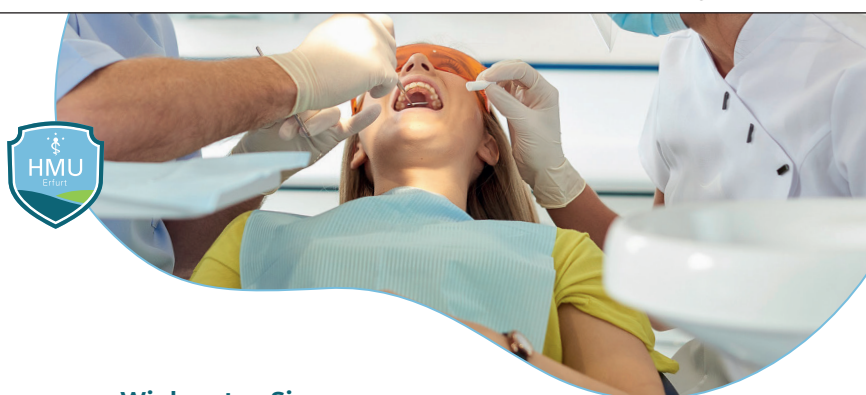
Staatsexamen

Zahnmedizin an der HMU Erfurt: Ganzheitlich – Individuell – Erfolgsorientiert

Zahnmedizin ist heute mehr als Bohrer und Füllungen: An der HMU Erfurt steht der Mensch im Mittelpunkt. Das Studium folgt der ZApprO, verbindet wissenschaftliche Grundlagen mit praxisnaher Ausbildung – ohne Numerus Clausus und mit individueller Betreuung.

Studienstruktur – klar & modern

Vorklinik, Präklinik und Klinik mit modernen Skill Labs, Lehrklinik, strukturierter Modulplanung und gezielter Prüfungsvorbereitung.



Wir beraten Sie gerne

Kontaktieren Sie uns, damit wir einen Termin vereinbaren können: Villa Marienhaus, Dalbergsweg 5, D-99084 Erfurt
Wir sind montags bis freitags von 08:00-17:00 Uhr erreichbar unter +49 (0)361 213 06 60



Jetzt informieren: